

## **Religionsfreiheit schützen – radikalen Islamismus bekämpfen**

Die Religionsfreiheit gehört zu den zentralen Errungenschaften moderner demokratischer Gesellschaften. Sie schützt das Recht jedes Menschen, seinen Glauben frei zu wählen, auszuüben oder auch abzulehnen. In Europa ist dieses Grundrecht sowohl durch nationale Verfassungen als auch durch internationale Abkommen geschützt, etwa durch Artikel 9 der European Convention on Human Rights und Artikel 10 der Charter of Fundamental Rights of the European Union. Diese Regelwerke sichern nicht nur die individuelle Glaubensfreiheit, sondern auch den religiösen Pluralismus als Fundament einer offenen Gesellschaft. Religionsfreiheit bedeutet dabei mehr als bloße Toleranz: Sie verpflichtet den Staat zu weltanschaulicher Neutralität und schützt gleichermaßen Gläubige, Andersgläubige und Nichtgläubige.

Gerade weil dieses Grundrecht so zentral ist, muss es mit besonderer Sorgfalt verteidigt werden. Eine demokratische Gesellschaft darf religiöse Überzeugungen weder privilegieren noch diskriminieren. Gleichzeitig darf sie nicht zulassen, dass religiöse Argumente zur Legitimation politischer Extremismen missbraucht werden. Diese Differenzierung ist insbesondere in der Debatte um den Islam entscheidend. Der Islam ist eine der großen Weltreligionen mit einer großen Vielfalt religiöser Auslegungen, kultureller Traditionen und theologischer Positionen. Ihn pauschal mit Extremismus gleichzusetzen wäre nicht nur sachlich falsch, sondern würde auch dem Grundrecht der Religionsfreiheit widersprechen.

Davon klar zu unterscheiden ist jedoch der Islamismus. Unter diesem Begriff verstehen Sicherheitsbehörden und Politikwissenschaft eine politische Ideologie, die den Islam als Grundlage einer umfassenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung interpretiert und dabei zentrale Prinzipien demokratischer Systeme infrage stellt. Organisationen und Netzwerke, die islamistische Ideologien vertreten, streben häufig danach, religiöse Normen über demokratisch legitimierte Gesetze zu stellen. Damit geraten sie zwangsläufig in Konflikt mit grundlegenden Prinzipien moderner Demokratien wie Volkssouveränität, Gleichberechtigung der Geschlechter oder individueller Freiheit. Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist seit Jahren darauf hin, dass islamistische Strömungen in unterschiedlichen

Formen auftreten können – von legalistischen Bewegungen bis hin zu gewaltbereitem Dschihadismus.



Die Herausforderung besteht daher nicht darin, Religion zu bekämpfen, sondern extremistische Ideologien zu verhindern. Ein liberaler Rechtsstaat muss religiöse Praxis schützen, solange sie im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung erfolgt. Zugleich ist er verpflichtet, konsequent gegen Bestrebungen vorzugehen, die die demokratische Grundordnung untergraben.

Empirische Studien zeigen, dass religiöser Fundamentalismus in verschiedenen religiösen Gemeinschaften auftritt. Untersuchungen des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung weisen darauf hin, dass fundamentalistische Einstellungen – etwa die Überzeugung, religiöse Regeln müssten über staatlichen Gesetzen stehen – in bestimmten Bevölkerungsgruppen vorkommen und teilweise mit stärkerer Ablehnung anderer gesellschaftlicher Gruppen einhergehen. Solche Einstellungen bedeuten nicht automatisch Extremismus, schaffen jedoch ein ideologisches Umfeld, in dem Radikalisierung leichter entsteht.

Gerade deshalb ist es wichtig, die Debatte mit analytischer Präzision zu führen. Wer Religionsfreiheit ernst nimmt, darf religiöse Gemeinschaften

nicht pauschal unter Generalverdacht stellen. Wer demokratische Werte ernst nimmt, darf jedoch ebenso wenig die Gefahr extremistischer Ideologien relativieren. Die Verteidigung der Freiheit verlangt Klarheit – gegenüber Intoleranz ebenso wie gegenüber Pauschalisierung.

Für Europa bedeutet diese Herausforderung vor allem eines: religiösen Pluralismus aktiv zu gestalten, statt ihn nur zu verwalten. Millionen Menschen muslimischen Glaubens leben heute selbstverständlich als Teil europäischer Gesellschaften. Ihr religiöses Leben steht grundsätzlich nicht im Widerspruch zu den Grundprinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Entscheidend ist, dass religiöse Praxis innerhalb des Rahmens von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Gleichberechtigung und gesellschaftlichem Pluralismus stattfindet.

Daher lehnen wir auch den strukturellen Islam, der rasch in den Islamismus übergeht, klar ab, weil er religiöse Normen und die Scharia als Grundlage gesellschaftlicher oder staatlicher Ordnung über individuelle Freiheitsrechte stellt. Kritisch gesehen wird dabei insbesondere, wenn religiöse Vorschriften nicht nur als persönliche Orientierung dienen, sondern verbindlich für alle gelten sollen – unabhängig von Glauben oder Weltanschauung.

Demokratische Gesellschaften dürfen nicht den Fehler machen, Religion pauschal zu problematisieren. Wer den Glauben selbst zum politischen Konflikt erklärt, untergräbt die Religionsfreiheit und spielt extremistischen Kräften letztlich in die Hände. Ebenso falsch wäre es jedoch, die Gefahren zu ignorieren, die entstehen, wenn religiöse Argumente für politische Machtansprüche instrumentalisiert werden. Dort, wo religiöse Dogmen über demokratische Gesetze gestellt werden sollen, endet die legitime Ausübung von Religion und beginnt politischer Extremismus.

Eine wehrhafte Demokratie muss daher beides leisten: Sie muss die Freiheit des Glaubens schützen und zugleich den Missbrauch von Religion für extremistische politische Projekte zurückweisen. Wer das eine gegen das andere ausspielt, gefährdet beides. Religionsfreiheit ist kein Freibrief für extremistische politische Projekte – und der Kampf gegen Extremismus darf niemals zum Vorwand werden, religiöse Freiheit einzuschränken.

Die Herausforderung unserer Zeit besteht darin, diese Balance zu bewahren. Nur wenn demokratische Gesellschaften sowohl ihre

Freiheitsrechte als auch ihre verfassungsmäßigen Prinzipien entschlossen verteidigen, können sie offen, pluralistisch und zugleich widerstandsfähig bleiben. Religionsfreiheit verdient unseren Schutz – und gerade deshalb müssen wir verhindern, dass sie von radikalen Ideologien instrumentalisiert wird.

Fazit: Religionsfreiheit ist ein grundlegendes Recht demokratischer Gesellschaften und schützt die freie Ausübung von Glauben ebenso wie das Recht, keinen Glauben zu haben. Gleichzeitig darf dieses Grundrecht nicht missbraucht werden, um extremistische politische Ideologien zu legitimieren, die zentrale demokratische Prinzipien infrage stellen. Entscheidend ist daher die klare Unterscheidung zwischen Religion – etwa dem Islam als vielfältiger Weltreligion – und politischen Ideologien wie dem Islamismus. Eine wehrhafte Demokratie muss beides zugleich leisten: Religionsfreiheit konsequent schützen und radikale Strömungen, wie den Islamismus, entschlossen bekämpfen.

---

Unsere Autoren: Marcel Kanz, Dr. Herbert Münch / 21-03-2026

Team Freiheit Rheinland-Pfalz / [www.team-freiheit-rlp.de](http://www.team-freiheit-rlp.de)